

Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Ja zum CO²-Gesetz – Ja zu Innovation und Klimaschutz

Von Maya Graf, Ständerätin BL

Unser Land verändert sich. Seit 2010 verlieren unsere Gletscher jährlich 2 Prozent Masse. Seit den CO²-Hitzewellen 2003, 2015 und 2018 nehmen trockene Wälder und Wasserknappheit zu. Die Kirschbäume treiben immer früher aus und sind anfälliger für späten Frost. Jahreszeiten verschwimmen, unser Alpenland erwärmt sich doppelt so stark wie der globale Durchschnitt. Die Klimakrise ist da. Wir müssen handeln.

Mit dem revidierten CO²-Gesetz legen Bundesrat und Parlament Massnahmen vor, wie wir unsere Treibhausgasemissionen bis 2030 halbieren können. Den ersten Schritt hat die Schweizer Stimmbevölkerung 2019 mit der Annahme der Energiestrategie 2050 bereits getan. Mit dem CO²-Gesetz lösen wir nicht nur in unserem eigenen Land einen Innovationsschub für eine nachhaltige Entwicklung aus, sondern erfüllen auch unsere Verpflichtung aus dem Klimaabkommen von Paris.

Alle Parteien ausser der SVP, Mehrheiten aus Wirtschaft und Gesellschaft – vom Städte- bis zum Bauernverband – wollen in einem gut schweizerischen Kompromiss das CO²-Gesetz nun so aktualisieren, dass wir unsere heimische Wirtschaft fördern können: Jährlich bleiben über 1.5 Mia. Franken zusätzliche Wertschöpfung in der Schweiz und sichern Arbeitsplätze und Wohlstand. Das Gesetz steuert über Ziele statt Massnahmen und lässt so grösstmöglichen Handlungsspielraum. Es ist mir ein Rätsel, warum die «Heimatpartei» SVP die fossile Abhängigkeit von Erdölkonzernen und Ländern wie Nigeria und Libyen fortsetzen und Milliarden Franken lieber im Ausland ausgeben will.

Richtig ist, für den Anreiz einheimisch und erneuerbar, müssen Treibstoff-Importeure verstärkt kompensieren. Wer Benzin und Diesel importiert, muss einen Teil der Emissionen durch Klimamassnahmen ausgleichen. Ein Teil der Abgaben speist einen Klimafonds mit dem z.B. synthetische Flugtreibstoffe, ein besseres Nachtzugangebot oder der Gefahrenschutz vor den Folgen des Klimawandels finanziert werden kann.

Zu den Lenkungsabgaben gehören die bestehende CO²-Abgabe auf Heizöl und Erdgas sowie neu eine Flugticketabgabe: Eine Durchschnittsfamilie kann mit dem revidierten Gesetz Ende der 2020er Jahre Zusatzkosten von 97 Franken pro Jahr haben. Die Zusatzkosten entstehen aber nur in dieser Höhe, wenn der Öl- und Benzinverbrauch der Familie gleichbleibt. Wird z.B. bis 2030 das Haus besser isoliert, steigt die Familie auf ein effizienteres oder ein Elektroauto um, sinken die Zusatzkosten. Reist sie nur einmal pro Jahr per Flugzeug in Europa in die Ferien oder heizt CO²-frei, erhält sie sogar mehr Geld zurück als sie bezahlt.

Mit dem revidierten CO² Gesetz erreichen wir genau das, was die SVP selbst in ihrem Extrablatt vom Juni 2019 schreibt: «Neue Energiequellen müssen zuverlässiger, billiger und vorteilhafter sein als die bisherigen fossilen Energieträger. Um Umweltziele zu erreichen, brauchen wir Freiheit, Innovationskraft und Freude an einer intakten Umwelt, die es für die Kinder und Kindeskinde zu erhalten gilt.» Genau. Und wie wir das erreichen können, zeigt auch unser Kanton Basel-Landschaft, der bereits klimafreundlich unterwegs ist. Geben

wir allen die nötigen Instrumente in die Hand, um Innovation und Klimaschutz zu fördern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Gewerbe zu stärken. Ich empfehle Ihnen ein klares JA zum CO2-Gesetz einzulegen.